



DER MITTELSTAND.

AUFRUF ZUR VERANTWORTUNG

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

das Ergebnis der Wahl zum 21. Deutschen Bundestag wird **entscheidend für die Zukunft des Mittelstandes** sein. Nicht zuletzt durch die krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre befindet sich der deutsche Mittelstand wirtschaftlich auf Talfahrt. Zeitgleich verzeichnen andere Industrienationen wirtschaftlich gesehen eine deutlich bessere Entwicklung. Offenkundig fehlt es Deutschland an einer nachhaltig wirksamen Wachstumsstrategie. Die Parteien sind aufgerufen, den Ernst der Lage im kommenden Wahlkampf in den Mittelpunkt ihres Wettstreits zu stellen, um die besten Lösungen für eine wirtschaftliche Erholung unseres Landes zu finden.

Die Wachstumshemmnisse für die mittelständische Wirtschaft sind vielfältig und strukturell tief verwurzelt. Als Rückgrat der deutschen Wirtschaft belasten die vergleichsweise hohen Energiepreise vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Außerdem schwächt die überproportional hohe Steuerlast für Unternehmen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschlands. Im internationalen Vergleich hat Deutschland dringenden Nachholbedarf bei der Digitalisierung von Staat und Verwaltung. Unternehmensgründungen werden so erschwert und Innovationen gehemmt. Die sich durch die fehlende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung noch weiterverbreitende Bürokratie schreckt potenzielle Gründer ab und wirkt als ein zusätzliches Wachstumshemmnis. Der Fach- und Arbeitskräftemangel hemmt die wirtschaftliche Lage vieler Unternehmen, denn es fehlt ihnen schlicht an Personal, um Aufträge anzunehmen.

Die nächste Bundesregierung steht vor der Aufgabe, diese Herausforderungen entschlossen anzugehen. Wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Stabilität sind für den sozialen Frieden unerlässlich. Denn nur, wenn sich die deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs befindet, können Verteilungskämpfe vermieden werden. Dadurch werden alle demokratischen Kräfte und der Zusammenhalt untereinander gestärkt.

Als Verantwortliche für die Erstellung der politischen Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025 machen Sie den ersten Schritt. Der Mittelstand. BVMW e.V. ist bereit, diesen Weg konstruktiv und mit der Expertise der mittelständischen Wirtschaft zu begleiten. Mit unserem Programm „**Aufruf zur Verantwortung**“ bietet der BVMW e.V. Ihnen seine Unterstützung an.



Christoph Ahlhaus

Senator a.D., Vorsitzender der Bundesgeschäftsleitung Der Mittelstand. BVMW e. V.

INHALT

01

Arbeit, Soziales
und Bildung

[Seite 6](#)

02

Energie und
Nachhaltigkeit

[Seite 10](#)

03

Digitalisierung
und Innovation

[Seite 14](#)

04

Steuern und
Finanzen

[Seite 18](#)

05

Mobilität und
Logistik

[Seite 22](#)

06

Zukunft
Unternehmertum –
Gründung und
Nachfolge

[Seite 26](#)

07

Bundeswehr sowie
Behörden und
Organisationen mit
Sicherheitsaufgaben
(BOS)

[Seite 30](#)

01

ARBEIT, SOZIALES UND BILDUNG

Foto: © AdobeStock/287099411



Ohne Personal keine Perspektive: Der Fachkräftemangel bedroht den deutschen Mittelstand.

Die digitale und demographische Transformation verändert den Arbeitsmarkt und zwingt uns dazu, neue Regeln für eine neue Arbeitswelt zu finden. Mit dem Mut der Politik, praxisnahe und bürokratiearme Gesetze zu verabschieden, kann die wirtschaftliche und innovative Kraft des Mittelstands erhalten werden. Gleichzeitig ist eine Anpassung des Sozialstaats aufgrund des demographischen Wandels unbedingt erforderlich, um die Belastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu begrenzen. Fest steht: Im Bereich Arbeit und Soziales wartet viel Arbeit auf die nächste Bundesregierung.

Für einen bezahlbaren Sozialstaat und mehr Netto vom Brutto

Bereits jetzt sind hohe Lohn- und vor allem Lohnzusatzkosten ein Standortnachteil für die deutsche Wirtschaft. Die Inflation und die berechtigten Lohnforderungen der Beschäftigten üben zusätzlichen Druck auf mittelständische Betriebe aus. Gleichzeitig zeigt die Debatte um das Bürgergeld, dass nicht immer klar ist, ob sich (Mehr-)Arbeit lohnt. Das Bundesverfassungsgericht hat bestätigt, dass Bürgergeldbezüge nicht ohne Grenzen gekürzt werden dürfen. Ein politisch motiviertes Anheben des Mindestlohns lehnen wir jedoch ab. Aus gutem Grund werden Löhne in der Bundesrepublik Deutschland zwischen den Sozialpartnern, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, verhandelt. Diese grundgesetzlich verankerte Tarifautonomie hat sich über Jahrzehnte bewährt. Mit Einführung des Mindestlohns hat die Politik die Mindestlohnkommission ins Leben gerufen. Sie – und nicht die Politik – soll maßgebend für Anpassungen des gesetzlichen Mindestlohns sein.

Um den Lohnabstand zwischen Bürgergeld und Mindestlohn, aber auch generell dem Nettolohn von Beschäftigten und damit den Anreiz zur Arbeit zu erhöhen,

müssen die Lohnzusatzkosten gesenkt werden. Hier muss die Politik zuallererst die Finanzierung des Sozialsystems und der Sozialabgaben reformieren. Mit Bezug auf die gesetzliche Rentenversicherung sollte das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung und die Rentenhöhe an die Inflation und nicht die Reallohnentwicklung gekoppelt werden. Bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung muss sich die Politik die Frage stellen, ob in Zeiten des demographischen Wandels und steigender Kosten der Leistungskatalog auf das Wesentliche beschränkt werden sollte.

Fach- und Arbeitskräftemangel ernst nehmen

Um Produktion, Verarbeitung und Verkauf aufrecht zu erhalten, neue Märkte zu erschließen und bestehende zu bedienen, müssen kleine und mittelständische Unternehmen Beschäftigte rekrutieren und binden können. Der Fach- und Arbeitskräftemangel macht dies immer schwerer und wird so zum Wachstumshemmnis Nummer eins für den deutschen Mittelstand. Entlang aller vier Säulen der Fachkräftesicherung muss die Politik ihr Engagement verstärken, um diesem Problem Herr zu werden.

Die Erwerbsquote von Frauen ist in den letzten Jahren gestiegen; es bleibt jedoch Luft nach oben. Wir raten der Politik, die Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf zu verbessern.

Außerdem soll das überholte Ehegattensplitting zugunsten des Faktorverfahrens für mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme oder -erweiterung sorgen.

Bei der Fachkräfteeinwanderung begrüßen wir die Initiative der Ampelregierung, die Fachkräfteeinwanderung auch für die Zeitarbeitsbranche zu öffnen.

Jedoch dauern Visumsanträge immer noch zu lange und sind kaum digitalisiert. Hier muss nachgebessert werden.

Nicht zuletzt durch ihre Erfahrung und Expertise sind ältere Mitarbeitende immer unverzichtbarer für die mittelständische Wirtschaft. Im Zuge einer immer älter werdenden Gesellschaft raten wir der zukünftigen Bundesregierung, steuerliche Anreize für ein Weiterarbeiten nach Erreichen der Regelaltersgrenze zu erhöhen. Außerdem sollte der Gesetzgeber flexible Arbeitsverhältnisse nach Renteneintritt ermöglichen.

Wirtschaftlicher Wohlstand ist die Grundlage für sozialen Frieden und Demokratie in Deutschland. In einer sich wandelnden Welt ist dieser Wohlstand nur durch gute Bildung zu generieren. Die Bedeutung des Themas Bildung gilt es daher anzuerkennen. Weiterbildung und berufliche Bildung spielen eine Schlüsselrolle bei der Fachkräfte- sicherung in Zeiten der Transformation. Durch frühzeitige Berufsorientierung in allen Schultypen sowie durch die Förderung der Mobilität von Auszubildenden soll die berufliche Bildung gestärkt werden. Mit Blick auf den Themenkomplex Weiterbildung bleibt festzuhalten, dass KMU oftmals nicht über die personellen und organisatorischen Ressourcen verfügen, um ihren Beschäftigten die benötigten Weiterbildungen zu ermöglichen. Um den Beschäftigten von KMU den Zugang zu Weiterbildung zu erleichtern, sollten öffentlich geförderte Innovationsnetzwerke KMU beraten und passgenaue Angebote unterbrei-

ten können. Die Gründung von Weiterbildungsverbünden kann vor allem in der Fläche als Unterstützung dienen und die Weiterbildung fördern.

Der Fachkräftemangel wird auch zu immer größeren Problemen bei Unternehmensnachfolgen führen. Daher gilt auch hier, dass das gesellschaftliche Potenzial an Nachfolgenden zwingend erschlossen und erweitert werden muss. Insbesondere die gezielte Förderung von Frauen sowie von Personen mit Migrationshintergrund in der Unternehmensnachfolge und im Unternehmertum muss priorisiert werden. Das fördert die Chancengleichheit und erweitert das Angebot an potenziellen Nachfolgenden. Außerdem bedarf es einer allgemeinen Verbesserung der Qualifizierung und Ausbildung potenzieller Nachfolgerinnen und Nachfolger. Wir schlagen vor, dass die Politik verstärkt Maßnahmen ergreift, um die Aus- und Weiterbildung im Bereich Unternehmensnachfolge, -föhrung und -gründung zu intensivieren. Darüber hinaus regen wir Reformen im Bildungssystem an, die zu einer Stärkung des Unternehmertums führen sollen. So sollte Entrepreneurship Education in den Lehrplänen verankert werden.

**Mehr erfahren Sie in
unserem Positionspapier:**



Flexible Arbeitszeiten – Flexible Wirtschaft

Durch die Transformation der deutschen Wirtschaft verändert sich auch unsere Arbeitswelt und die Art und Weise, wie wir über Arbeitszeit denken. Das Bild eines Acht-Stunden-Tages mit Stechuhrr muss einer modernen Auffassung von Arbeitszeit weichen. Der Mittelstand benötigt ein bürokratiearmes, praxisnahe und modernes

Arbeitszeitgesetz, um sich den ändernden Anforderungen rechtssicher anpassen zu können. Doppelte Freiwilligkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorausgesetzt, empfehlen wir das Konzept der Wochenarbeitszeit. Unter Berücksichtigung der maximalen Wochenarbeitszeit von 60 Stunden und der gesetzlichen Ruhezeiten, soll die wöchentliche Arbeitszeit frei disponiert werden können.

Um wettbewerbsfähig zu bleiben, muss es kleinen und mittelständischen Unternehmen ermöglicht werden, auf saisonale oder konjunkturelle Schwankungen zu reagieren. Um etwaige Produktionsspitzen mit der bestehenden Belegschaft auffangen zu können, sollen Jahresarbeitszeitkonten für alle mittelständischen Unternehmen, nicht nur den tarifgebundenen, zur Verfügung stehen. Auch und vor allem mit Blick auf die Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf sowie den gestiegenen Weiterbildungsbedarf ist die Etablierung von Lebensarbeitszeitkonten eine denkbare Lösung. Nicht zuletzt trägt eine Flexibilisierung der Arbeitszeit auch zur Förderung des Ehrenamtes bei und unterstreicht damit dessen immense gesamtgesellschaftliche Bedeutung.

**Mehr erfahren Sie in
unserem Positionspapier:**



Moderne Gesetze für eine moderne Arbeitswelt

Insbesondere die technologische Transformation verändert die Art, wie wir arbeiten. Die daraus entstehende moderne Arbeitswelt braucht moderne, praxisnahe und bürokratiearme Gesetze, um den Mittelstand an den Chancen der Transformation teilhaben zu lassen. Die Plattformrichtlinie der Europäischen Union, die

23%

aller Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten gelegentlich von zu Hause.

dazu gedacht ist, die Arbeitsbedingungen von prekär Beschäftigten zu verbessern, muss in deutsches Recht umgesetzt werden. Im Zuge dessen sollte die nächste Bundesregierung daran auch an eine Reform des Statusfeststellungsverfahrens anschließen. Insbesondere durch die Plattformisierung der Arbeitswelt erübrigen sich alte Sichtweisen darüber, wer selbstständig und wer abhängig beschäftigt ist. Wir fordern die Politik dazu auf, den Mut zu haben, selbstbestimmt selbstständiges Arbeiten in Zukunft rechtssicherer und bürokratieärmer zu ermöglichen. Die hierbei immer wieder diskutierte Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung für Selbstständige lehnen wir ab.

Spätestens durch die Corona-Pandemie haben das Home-Office und das mobile Arbeiten Einzug in unseren Arbeitsalltag erhalten. Gesetzliche Rahmen zum Anspruch auf Home-Office sowie zu arbeitsschutz- und arbeitszeitrechtlichen Aspekten fehlen jedoch. Im Sinne mittelständischer Betriebe, die großzügige Home-Office Regelungen zur Arbeitgeberattraktivität einsetzen, raten wir dem Gesetzgeber das Konzept der Vertrauensarbeitszeit zu stärken und einen handhabbaren Arbeitsschutz im Home-Office einzurichten.

02



ENERGIE

Die Energiewende stellt den Wirtschaftsstandort Deutschland vor große Herausforderungen. In Zeiten hoher Energiepreise sind besonders energieintensive Mittelständler stark betroffen. Die folgenden Punkte sollen aus unserer Sicht die Energiewende im Mittelstand vorantreiben und gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleisten.

Eigenversorgung in KMU

Angesichts der im internationalen Vergleich immer noch hohen Strompreise am Markt, die absehbar nicht signifikant sinken werden, müssen KMU alternative Lösungen finden. Besonders Mittelständler mit größeren Dach- oder Freiflächen können durch Eigenversorgung mit PV-Anlagen und Speichern profitieren. Hier plädieren wir vor allem dafür, auch die letzten noch vorhandenen bürokratischen Hürden für die Installation, Inbetriebnahme und die Einspeisung abzuschaffen. Unternehmen benötigen für installierte Anlagen die Sicherheit, jederzeit ins Netz einspeisen zu können. Aktuell müssen Anlagen in Spitzenzeiten noch ausgeschaltet werden. All das muss zu attraktiven Konditionen ermöglicht werden. In Kombination mit Speichern würden KMU so auch zur Stabilisierung und Versorgung des gesamten deutschen und europäischen Stromnetzes beitragen.

Foto: © pixels aleyna koval 233944-836521

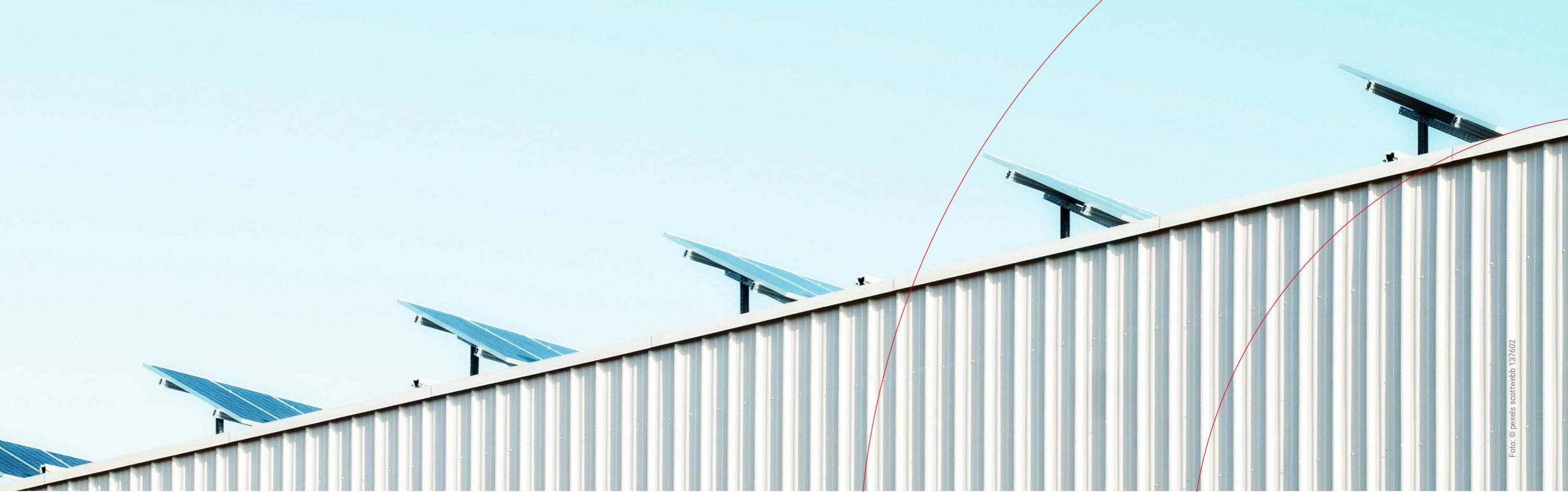


Foto: © pexels scottwebb 137602

Netzausbau und Netzentgelte

Durch den Einbau von netzdienlichen Speichern können aufwendige Netzausbauten vermieden bzw. verringert werden. Wir regen daher an, entsprechende Speicher noch stärker in die Pläne zum Netzausbau zu integrieren. Dadurch kann auch die Höhe der Netzentgelte verringert werden, die maßgeblich zu den hohen Energiepreisen beitragen. Zusätzlich würde dies auch die Abregelung von überschüssigem Strom verhindern und somit Verluste vermeiden.

Europäischer Strommarkt

Um die Strompreise wettbewerbsfähig zu gestalten, braucht es auch eine stärkere Anbindung der Stromnetze in Europa. Eine volle Ausnutzung dieser Verknüpfung würde nach Schätzungen die Strompreise in Deutschland um ca. zehn bis zwanzig Prozent reduzieren. So würden die erneuerbaren Energien effizienter verteilt und müssten nicht mehr abgeregelt werden.

Wasserstoff

Der Einsatz von Wasserstoff wird aktuell häufig als Schlüsseltechnologie zur Erreichung der Klimaziele genannt. Angesichts der wachsenden Dringlichkeit, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und fossile Brennstoffe zu ersetzen, stehen Unternehmen und die Industrie vor der Herausforderung, nachhaltige Alternativen zu implementieren. Eine wichtige Rolle könnte dabei grüner Wasserstoff einnehmen, der zumeist aus der direkten Elektrolyse von Solar- oder Windstrom gewonnen wird. Allerdings sind einzelne Anwendungen kritisch zu betrachten – insbesondere im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit, ihre Kosteneffizienz und die tatsächlichen Auswirkungen auf das Klima. Wir plädieren daher für eine realistische Planung des Verbrauchs sowie der tatsächlichen Beschaffungsmöglichkeiten.

**Mehr erfahren Sie in
unserem Positionspapier:**



NACHHALTIGKEIT

Im Zuge der Klimaschutzziele der EU kommt auch auf mittelständische Unternehmen die Aufgabe der Dekarbonisierung zu. Die überbordenden Berichtspflichten aus Brüssel belasten Unternehmen jedoch zunehmend.

Nachhaltigkeitsberichterstattung

Auch der Mittelstand möchte mit innovativen Ideen seinen Beitrag zur Dekarbonisierung leisten. Dabei werden KMU jedoch immer häufiger durch aufwendige Berichtspflichten behindert. Der BVMW plädiert dafür, die Berichtspflichten einfacher zu gestalten. Besonders bei KMU sollte der Fokus auf einige wesentliche Datenpunkte gelegt werden. Zusätzlich könnten Branchenstandards dabei helfen, die Vielzahl unterschiedlicher Anfragen, die KMU als Zulieferer betreffen, bewältigbar zu machen.



DIGITALISIERUNG UND INNOVATION

03

DIGITALES

Der digitale Wandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Für den deutschen Mittelstand ist eine zukunftsweisende Digitalpolitik entscheidend, um wettbewerbsfähig zu bleiben und die Innovationskraft unserer Wirtschaft zu sichern. Dabei sollte einerseits die technologische Entwicklung, aber auch der Mensch im Mittelpunkt stehen. Der Mittelstand. BVMW setzt sich daher für folgende Schwerpunkte in der zukünftigen Digitalpolitik ein:

Digitale Bildung für alle Lebensphasen

Branchenübergreifend sind digitale Kompetenzen und entsprechendes Wissen essenziell für den wirtschaftlichen Erfolg. Darum muss digitale Bildung lebensbegleitend gestärkt werden – sowohl in Schulen als auch in der beruflichen Weiterbildung. Nur wenn Menschen sich kontinuierlich weiterentwickeln und den Umgang mit modernen Technologien beherrschen, können sie den Anforderungen einer digitalen Wirtschaft gerecht werden. Dazu müssen auch entsprechende Rahmenbedingungen in einer Fortsetzung des DigitalPakt Schule festgelegt werden. Hierbei sind nicht nur Endgeräte wichtig, sondern auch die entsprechenden didaktischen Konzepte.

Mehr erfahren Sie in unserem
Positionspapier:



Digitale Bildung:
Die Schulen von gestern
bremsen die Wirtschaft
von morgen.

Digitaler Staat und moderne Verwaltung

Der Mittelstand braucht einen Staat, der als Partner der Wirtschaft effizient handelt. Ein moderner, digitaler Staat muss es Unternehmen ermöglichen, sich auf ihre wirtschaftliche Tätigkeit und das Schaffen von Wohlstand zu konzentrieren, ohne in bürokratischen Prozessen gefangen zu sein. Fortschritte bei der Registermodernisierung und der Digitalisierung öffentlicher Institutionen sind dabei unerlässlich. Hierbei muss der Fokus auf einer schnellen Entwicklung von Standards und einer Modernisierung der Register gelegt werden. Als Zielbild sollte eine proaktive und nicht nur auf Antrag tätig werdende Verwaltung stehen. Ein Vorbild für digitale Transformation kann der Staat nur sein, wenn er selbst digitale Fortschritte sichtbar umsetzt.

Stärkung der digitalen Souveränität

Deutschland und die EU müssen ihre digitale Souveränität ausbauen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Der Standort Europa muss attraktiver werden, damit wir unabhängig von internationalen Technologien und Lieferketten agieren können. Um konkurrenzfähig zu sein, sind eine flächendeckende digitale Infrastruktur, ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten für den Mittelstand sowie Start-ups und die Verfügbarkeit von Fachkräften und Spezialisten in diesem Bereich unerlässlich. Da der Staat auch der größte Auftraggeber für die IT-Wirtschaft ist, ist es wichtig, dass die Vergabeverfahren nicht zu komplex werden. Denn zusätzliche Angaben zu Sozial- und Umweltstandards führen aufgrund fehlender Spezialisten zu Wettbewerbsnachteilen für den Mittelstand.

Umsetzung der EU-Digitalgesetze

Mit der digitalen Dekade wurden bereits einige große Gesetze auf EU-Ebene verabschiedet oder stehen kurz davor, beschlossen zu werden. Dabei kommen auch auf nationaler Ebene beispielsweise durch den AI-Act, den Data Act oder auch den Cyber-Resilience-Act einige neue Aufgaben hinzu. Dabei wird auch die Errichtung einer neuen nationalen Digitalbehörde diskutiert. Hier gilt es, die Governance der Gesetze möglichst effizient und zukunftsorientiert umzusetzen. Dabei sollte bedacht werden, bestehende Strukturen oder Behörden in dieser Behörde zu vereinen. Schlanke Prozesse, moderne Strukturen sowie Transparenz und klare digitale Kommunikationswege sind ebenso wie digitale Angebote zentrale Elemente. Hier trägt eine Besetzung mit Fachkräften, die die unternehmerische Praxis kennen, zu einer praxisnahen Verwaltung bei. Bei der Umsetzung des AI-Acts und der weiteren Gesetze gilt es, zentrale Informationen zu

beispielsweise Konformitätsverfahren oder Reallaboren zu bündeln, um Informationskosten für KMU klein zu halten.

INNOVATION UND FÖRDERPROGRAMME

Um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht es ein Innovationssystem, das den besonderen Herausforderungen und Bedürfnissen mittelständischer Unternehmen gerecht wird. Effiziente Förderprogramme, weniger Bürokratie und eine stärkere Marktorientierung sind dabei entscheidende Faktoren. In diesem Abschnitt zeigen wir auf, wie Innovationen gezielt gefördert werden können, um den Mittelstand zu stärken und die Innovationskraft Deutschlands weiter auszubauen.

Innovationen marktorientiert fördern

Um das Innovationssystem in Deutschland besonders für den Mittelstand nachhaltig zu stärken, müssen gezielte Maßnahmen ergriffen werden. Dabei reicht es nicht aus, nur die technologische Entwicklung zu fördern – die Verwertbarkeit von Innovationen am Markt muss stärker in den Mittelpunkt rücken. Obwohl Deutschland in vielen Forschungsfeldern hervorragend aufgestellt ist, gelingt es häufig nicht, diese Ergebnisse in marktfähige Produkte oder Dienstleistungen zu überführen. Zukünftige Innovationsprojekte sollten daher stärker vom Markt her gedacht werden, um gezielt zur Stärkung von Wohlstand und Gemeinwohl beizutragen.

Mehr erfahren Sie in unserem Impulspapier:



Mittelstand in Innovationsprogramme stärker einbinden

Die Gestaltung neuer Innovationsprogramme wird oft von großen Unternehmen und Forschungseinrichtungen dominiert, während mittelständische Betriebe aufgrund des hohen Aufwands in der Programmgestaltung nur selten aktiv beteiligt sind. Dadurch werden die Interessen des Mittelstands meist nur am Rande berücksichtigt. Um wirkungsvolle Richtlinien zu entwickeln, ist es jedoch entscheidend, den Mittelstand stärker einzubeziehen. Ein Bottom-up-Ansatz, der den direkten Input der Unternehmen berücksichtigt, würde dazu beitragen, Förderprogramme einfacher, transparenter und damit auch attraktiver zu gestalten.

Förderprogramme am Wandel der Arbeitswelt anpassen

Insbesondere in den für den Mittelstand zentralen Innovationsprogrammen, wie dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) und der Forschungszulage, sollte verstärkt auf den Wandel der Arbeitswelt reagiert werden. Da viele Fachkräfte, insbesondere im digitalen Bereich, zunehmend selbstständig tätig sind, werden deren Leistungen derzeit nur begrenzt in der Innovationsförderung berücksichtigt. Es ist daher erforderlich, die Bemessungsgrundlage für externe Dienstleistungen zu erweitern. Gerade für mittelständische Unternehmen ist es oft schwierig, hochspezialisierte Fachkräfte langfristig in Vollzeit zu binden. Eine Anpassung der Förderbedingungen könnte hier für mehr Flexibilität sorgen und den Mittelstand entlasten.

Mehr erfahren Sie in unserem Impulspapier zur ZIM-Richtlinie:



Förderwahnsinn ohne Wirkung:

Wann wird Innovation endlich marktorientiert gefördert?

Entbürokratisierung von Förderprogrammen

Viele Förderprogramme beginnen mit pragmatischen Ansätzen, werden jedoch im Laufe der Zeit immer komplexer und schwerer zugänglich. Um den Zugang zu erleichtern, sollten die Antragsverfahren nicht unnötig durch bürokratische Hürden erschwert werden. Eine vollständige Digitalisierung der Antragsprozesse und die Möglichkeit, den Bearbeitungsstatus online einzusehen, wären wichtige Schritte zur Vereinfachung. So kann die Innovationsförderung effizienter und attraktiver gestaltet werden.

STEUERN UND FINANZEN

04



Ein wettbewerbsfähiges Steuer- und Finanzsystem ist für den deutschen Mittelstand von zentraler Bedeutung. Damit mittelständische Unternehmen ihre volle wirtschaftliche Potenz entfalten können, benötigen sie ein stabiles und transparentes steuerliches Umfeld, das Investitionen fördert und Bürokratie minimiert.

Gleichzeitig spielen Finanzierungsstrukturen eine wesentliche Rolle, da der Zugang zu Kapital entscheidend für das Wachstum, für die Forschung und Entwicklung sowie für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands ist. In einer globalisierten Wirtschaft, in der sich die steuerlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen ständig weiterentwickeln, ist es für Deutschland von zentraler Bedeutung, den Mittelstand durch ein modernes und wettbewerbsfähiges Steuer- und Finanzsystem zu unterstützen.

Dies sichert langfristig nicht nur die Innovationskraft und Arbeitsplätze, sondern auch die Stabilität und das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft insgesamt.

Steuerliche Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Steuerrechtliche Wettbewerbsnachteile zu Ungunsten mittelständischer Unternehmen müssen beseitigt werden. Die durchschnittliche Steuerbelastung für mittelständische Unternehmen muss auf ein wettbewerbsfähiges Niveau von durchschnittlich 25 Prozent gesenkt werden (aktuell knapp 30 Prozent).

Foto: © AdobeStock 327348179

Finanzielle Flexibilität schaffen: Verlustrücktrag und Verlustvortrag für KMUs optimieren.

Beständigen Inflationsausgleich und Bürokratieabbau sicherstellen

Durch einen sogenannten verstetigten „Tarif auf Rädern“ kann die kalte Progression effektiv abgebaut werden. Der Steuertarif ist an die tatsächliche Einkommens- und Preisentwicklung zu koppeln. Ein Inflationsausgleich sollte dabei die Regel und nicht die Ausnahme bilden. Insoweit gehören sämtliche Freigrenzen, Freibeträge, Pausch- und Höchstbeträge auf Basis der Herbstprognose des BMWK zur Preis- und Lohnentwicklung jährlich angepasst.

Keine Spitzensteuer auf mittlere Einkommen erheben

Durchschnittsverdiener sollten auch mit einem durchschnittlichen Steuersatz belastet werden. Der BVMW fordert deshalb eine deutliche Erhöhung der Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz. Darüber hinaus muss der gesamte Tarifverlauf mit dem Ziel eines linear progressiven Steuertarifs abgeflacht werden. Der sogenannte „Mittelstandsbauch“ ist sukzessive zu reduzieren und im Ziel in Gänze abzuschaffen.

Erb- und Schenkungssteuer mittelstandszentriert ausrichten

Das Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz ist reformbedürftig. Aus Sicht des Leistungsfähigkeitsprinzips muss ein Abstand zwischen der steuerlichen Belastung von KMU und Großunternehmern gewahrt bleiben. Die gesetzliche Regelung, die es ermöglicht, dass die Übergabe eines Milliardenunternehmens mit der gleichen absoluten Erbschaftsteuerlast wie ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU) belastet wird, ist ungerecht.

Der BVMW fordert, dass die geltenden Verschonungsregelungen gestrichen werden und stattdessen für die Übertragung von Betriebsvermögen ein Steuerfreibetrag von fünf Millionen Euro eingeführt wird. Jenseits der Freibeträge sollte eine – im Härtestfall auf zwanzig Jahre verteilbare – Steuerbelastung eintreten, sodass der Grundsatz, dass höheres Vermögen auch höher belastet wird, gewahrt bleibt.

Steuerliche Anreize für Zukunftsinvestitionen setzen

Die Wirtschaft benötigt dringend Investitionsanreize. Die steuerliche Förderung von Eigenkapital durch einen fiktiven Eigenkapitalzins ist längst überfällig. Fiktive Eigenkapitalzinsen senken die steuerliche Bemessungsgrundlage. Die Maßnahme stellt eine Win-win-Situation für den Fiskus und den Steuerzahler dar: Die Steuerbegünstigung führt zu höheren Investitionen, mehr Wachstum, krisenresilienteren Unternehmen und attraktiveren Standortbedingungen.

Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen

Der Solidaritätszuschlag hat nach fast 30 Erhebungsjahren seine Legitimation verloren. Die ursprüngliche Intention seiner Erhebung hat sich in das Gegenteil verkehrt und ist im Rahmen der aktuellen Ausgestaltung unsolidarisch. Ziel muss eine ersatzlose Abschaffung des „Solis“ für alle Steuerpflichtigen ohne Übergangszeitraum sein, jedenfalls aber eine deutliche Anhebung der Freigrenzen und eine Erweiterung auf Kapitalgesellschaften. Letzteres würde zu einem faireren Wettbewerb beitragen, da derzeit viele mittelständische Unternehmen in Form von Personengesellschaften oder Einzelunternehmen den Soli zahlen, während Kapitalgesellschaften davon ausgenommen sind.

Steuerliche Hebel für Start-ups und KMU nutzen

Die Beteiligungsgrenzen für die körper- und gewerbe- steuerbefreite Vereinnahmung von Dividenden sollten abgeschafft werden, wenn die Gewinne in die Förderung von Start-ups oder KMU reinvestiert werden. Schließlich gilt es, die Dry-Income Problematik bei Mitarbeiterbeteiligungen vollständig auszuräumen, indem der geldwerte Vorteil aus der Anteilsgewährung erst zum Zeitpunkt des tatsächlichen Beteiligungsverkaufs besteuert wird und der Steuerfreibetrag auf mindestens 10.000 Euro angehoben wird.

**Mehr erfahren Sie in unseren
Stellungnahmen zu
den Zukunftsfinanzierungs-
gesetzen I und II:**



ZuFinG I

ZuFinG II

Verluste nutzbar machen

Die Verlustberücksichtigung sollte unternehmens- freundlich reformiert werden. Verluste müssen vererbar sein und die betragsmäßige Beschränkung des Verlustrücktrags sowie die Mindestbesteuerung gehöre abgeschafft. Ferner sollte der Verlustrücktrag auf die noch nicht verjährteten Veranlagungszeiträume ausgeweitet und der Verlustuntergang beim Gesellschafterwechsel auf missbräuchliche Gestaltungen beschränkt werden.

05



MOBILITÄT UND LOGISTIK

MOBILITÄT

Mobilität ist für den Mittelstand von zentraler Bedeutung, da effiziente Transport- und Logistiklösungen die Grundlage für reibungslose Geschäftsabläufe und internationale Wettbewerbsfähigkeit bilden. Eine gut ausgebauten Infrastruktur, flexible und kostengünstige Transportoptionen sowie digitale Innovationen sind entscheidend, um Lieferketten resilient zu gestalten. Besonders mittelständische Unternehmen stehen vor der Herausforderung, steigende Kosten durch Mautgebühren und Bürokratie zu bewältigen, während sie gleichzeitig nachhaltige Mobilitätslösungen integrieren müssen. Eine zukunfts-fähige Mobilitätspolitik ist daher unerlässlich, um den Mittelstand langfristig zu stärken.

Infrastruktur

Der zunehmende Verfall der Infrastruktur schadet auch dem Mittelstand. Um weiterhin das Rückgrat der Wirtschaft sein zu können, muss sich der Mittelstand auf funktionierende Verkehrswege in allen Verkehrsbereichen verlassen können – egal ob auf der Straße, der Schiene oder dem Wasser. Daher ist es dringend notwendig, die veraltete Infrastruktur in Deutschland zu moderni-sieren und, wo notwendig, auszubauen.

Foto: © AdobeStock 799415097

Nachhaltige Mobilität

Um die Mobilität nachhaltig zu gestalten, ist es wichtig, die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität weiter auszubauen und zeitgleich alternative Kraftstoffe in den Markt zu bringen. Nur so rechnet es sich für Mittelständler, ihre Dienstwagenflotten auf klimaneutrale Antriebe umzustellen. Des Weiteren wird es alternative Kraftstoffe in der Schiff- und Luftfahrt brauchen um die Verkehrswende zu bewältigen.

LOGISTIK

Die Logistikbranche befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch: Vor allem die ambitionierten Dekarbonisierungsziele, steigende Mautgebühren und komplexe bürokratische Anforderungen setzen die Branche unter erheblichen Druck. Während die Notwendigkeit, klimafreundlichere Lösungen zu finden, unbestreitbar ist, fehlt es oft an realistischen, praktikablen Konzepten, die den Übergang für mittelständische Logistikunternehmen erleichtern. Eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik muss daher nicht nur die Dekarbonisierung vorantreiben, sondern auch die Resilienz der Lieferketten stärken, indem sie praxisnahe Entlastungen schafft.

Maut

Die bestehende Doppelbelastung durch Maut und Diesel- bzw. die CO₂-Besteuerung trifft mittelständische Logistikunternehmen besonders hart. Zum Ausgleich fordert der BVMW den Abbau von Bürokratie und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, wie etwa Anreize zur Vermeidung von Leerfahrten oder zur Nutzung alternativer Kraftstoffe.

Mehr erfahren Sie in unserem
Positionspapier:



Groß- und Schwerlasttransporte

Es braucht dringend eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für die Großraum- und Schwertransporte (GST). Diese sind für die Industrie

in Deutschland aber auch z.B. die Energiewende unerlässlich. Daher braucht es den Einsatz digitaler Tools zur Echtzeit-Kommunikation, um Engpässe und bürokratische Hürden bei Transportgenehmigungen zu reduzieren. Dies schließt auch die Einführung eines sogenannten „Deutschlandtakts“ für Großraum- und Schwertransporte ein, um Transporte planbarer und effizienter zu gestalten.

Häfen

Auch die Häfen sind von den GST abhängig. Hier mangelt es vor allem an der Hinterlandanbindung. Diese muss dringend verbessert werden, besonders die sogenannte letzte Meile muss besser angeschlossen werden, um einen reibungslosen Transport sicherzustellen. Die Häfen müssen als zentrale Drehkreuze in der Lieferkette gestärkt werden, um die Versorgung national und international zu sichern und Deutschland als Exportnation wettbewerbsfähig zu halten. In diesem Zusammenhang wird auch der (Teil-) Verkauf von Häfen an ausländische Investoren, insbesondere aus China, kontrovers diskutiert. Zwar können ausländische Investitionen kurzfristig zur Modernisierung und Effizienzsteigerung der Häfen beitragen, doch gibt es langfristige geopolitische und sicherheitspolitische Risiken. Häfen sind strategische Infrastrukturen, und eine übermäßige Kontrolle durch ausländische Investoren könnte zu Abhängigkeiten führen, die Deutschlands nationale Souveränität gefährden. Ein sorgfältiges Abwegen zwischen wirtschaftlichen Vorteilen und langfristigen Sicherheitsinteressen ist daher unerlässlich.

Flughäfen spielen in diesem Zusammenhang ebenfalls eine zentrale Rolle, die weit über den Tourismus hinausgeht. Während der Rückzug von Fluglinien Deutschland auch im Personenverkehr betrifft, ist besonders

der Frachtverkehr von großer Bedeutung. Flughäfen wie Frankfurt und Leipzig-Halle sind essenziell für den schnellen internationalen Güterverkehr, der für die deutsche Exportwirtschaft unverzichtbar ist. Ein Rückgang von Flugverbindungen könnte nicht nur den Tourismus, sondern auch die Exportkapazitäten und die globale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands schwächen.

Stau auf den

Zukunfts wegen:

Wird der Mittelstand
das Opfer verfehlter
Verkehrspolitik?

06

ZUKUNFT UNTER- NEHMERTUM: GRÜNDUNG UND NACHFOLGE

Foto: © pixels fauxels 3184395



START-UPS UND UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN

Start-ups sind wichtige Treiber für Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Sie schaffen Arbeitsplätze, fördern Technologien und leisten einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der Wirtschaft. In Zeiten globaler Herausforderungen sind Unternehmensgründungen und Start-ups entscheidend, um neue Lösungen zu entwickeln und Strukturen aufzubrechen. Daher müssen politische Rahmenbedingungen sie gezielt unterstützen.

Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Mittelstand und Start-ups

Eine engere Kooperation zwischen etablierten Mittelstandsunternehmen und jungen Start-ups ist entscheidend für die Innovationskraft Deutschlands. Dafür sind Informations- und Kommunikationskampagnen, die Mittelstand und Start-ups zusammenbringen, erforderlich. Auch Matchmaking Veranstaltungen können hier unterstützen. Denn bisher nutzen Mittelständler viel zu wenig die Kooperation mit Start-ups, um Innovationen zu entwickeln. Auch eine vereinfachte Teilnahme (über z.B. De-Minimis-Optionen) junger Unternehmen an Förderprogrammen wie dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand kann ein Weg sein.

Deutschland als Einwanderungsland für Start-ups etablieren

Damit Deutschland auch für ausländische Start-ups attraktiv wird, ist eine Öffnung der Angebote für internationale Start-ups wichtig. So sollten die föderalistischen und Bundesinitiativen in einer zentralen Plattform vielsprachig angeboten und dargestellt werden. Das Ziel muss sein, Deutschland als Soft-Landing Spot zu etablieren. Hierbei spielen auch die bereits zuvor unter

Arbeit, Soziales und Bildung genannten Maßnahmen zur Fachkräfteeinwanderung eine große Rolle.

Verbesserung des Zugangs zu Risikokapital

Der Zugang zu Risikokapital muss in Deutschland und der EU verbessert werden. Ansonsten werden Start-ups weiterhin vermehrt in das Ausland abwandern. Dabei müssen institutionelle Investoren auch über steuerliche Regelungen incentiviert werden, Risikokapital zur Verfügung zu stellen.

Gründungszuschuss jenseits der Arbeitslosigkeit und der Gründung aus Hochschulen

Ein großer Teil der Gründungen findet aus der beruflichen Praxis heraus statt. Jedoch gibt es für Gründerinnen und Gründer aus der beruflichen Praxis mit unzureichenden finanziellen Ressourcen keinen entsprechenden Zuschuss, um mindestens den Lebensunterhalt zu sichern. Dabei sind gerade Gründungen aus der beruflichen Praxis heraus aufgrund ihrer meist guten Marktkenntnis besonders erfolgsversprechend.

**Mehr erfahren Sie in
unserem Positionspapier**



Senkung der Bürokratiebelastung beim Gründen und für junge Unternehmen

Der Gründungsprozess sollte möglichst durch einen digitalen und damit bürokratiearmen One-Stop-Shop ermöglicht werden. Darüber hinaus sollte auch an Erleichterungen und Ausnahmen für Neugründungen bei Dokumentations- und Berichtspflichten gedacht werden,



zumindest in den ersten Jahren nach der Gründung. Denn gerade die enorme Bürokratie in Deutschland ist abschreckend und hält Gründungsinteressierte von ihren Vorhaben ab. Auch sollte geprüft werden, weitere Vorgaben wie eine Meisterpflicht abzuschwächen, um Gründungen im Handwerk zu erleichtern.

Unterstützung von Entrepreneurship

Education in Schulen

Wir fordern eine stärkere Förderung von Unternehmertum und Gründungskultur in den Schulen. Entrepreneurship sollte bereits in der Bildung verankert werden, um zukünftige Generationen auf eine selbstbestimmte und innovative Arbeitswelt vorzubereiten.

UNTERNEHMENSNACHFOLGE

Laut KfW-Research streben bis zum Jahr 2027 jährlich rund 125.000 mittelständische Unternehmen eine Nachfolge bzw. Übergabe an. Bis 2027 wären dies gemessen am Gesamtbestand der KMU in Deutschland mehr als 16 Prozent der mittelständischen Betriebe (3,1 Millionen KMU, Stand: 2021). Der Übergang der Führung und des Besitzes eines Unternehmens spielt eine zentrale Rolle in einer Volkswirtschaft, die sie auch maßgeblich in ihrer Entwicklung beeinflusst. Das gilt unabhängig davon, ob die Nachfolge innerhalb der Familie, an Beschäftigte oder durch Externe erfolgt. Die Bedeutung der Unternehmensnachfolge erstreckt sich über verschiedene Dimensionen der Wirtschaft. Die erfolgreiche Nachfolge sichert Arbeitsplätze und Fachwissen, das im Unternehmen aufgebaut wurde. Dies trägt zur Stabilität des Arbeitsmarktes und zur Kontinuität der Produktion und Dienstleistungen bei. Neue Führungskräfte aus der jüngeren Generation können frische Ideen und innovative Strategien einbringen, um das Unternehmen an veränderte Marktbedingungen anzupassen. Dies fördert die Wettbewerbsfähigkeit und trägt zur langfristigen Rentabilität und Innovationskraft bei.

Wir brauchen eine Nachfolgestrategie

Strategische Probleme müssen strategisch gelöst werden. Zentral sind Information, Beratung und Evaluation. Darüber hinaus sollte die Strategie durch einen eigenen Internetauftritt als Sprungbrett zu vertiefenden Informationen, Wegweiser zu Beratungsstellen und Förderprogrammen sowie als Austauschforum ausgebaut werden. Gleichzeitig sollten bestehende und zukünftige Förderprogramme der KfW und der Landesförderbanken zentral auf dieser Seite zu finden sein.

Der kontinuierliche Transfer von Erfahrungen und Erkenntnissen aus der Praxis und Wissenschaft in die Politik ist zentral für den langfristigen Erfolg der politischen Maßnahmen zur Verbesserung der Nachfolgesituation in Deutschland. Durch die Gründung eines Beirats Unternehmensnachfolge (ähnlich dem Beirat junge digitale Wirtschaft) kann ein produktiver Stakeholder-Dialog gewährleistet werden. Dieser Beirat sollte an das BMWK angehängt werden, zweimal im Jahr die aktuelle Situation analysieren und daraus politische Empfehlungen ableiten. Neben Politik, Verbänden und der Wissenschaft sollten zwingend auch Unternehmerinnen und Unternehmer Sitz und Stimme in diesem Beirat erhalten.

Matchmaking fördern

Grundsätzlich muss das Ziel einer ganzheitlichen politischen Strategie zur Überwindung der gesamtwirtschaftlichen Herausforderung lauten, Übergebende und Nachfolgende zusammenzubringen und Angebot und Nachfrage an Unternehmensnachfolgen in Einklang zu bringen. Es gilt dabei zu beachten, dass die Unternehmensnachfolge vielseitig gelöst werden kann. Neben der klassischen familieninternen Nachfolge braucht es weitere Optionen. Dazu gehören die Übernahme durch Beschäftigte, Stiftungslösungen und diverse externe Übergabemodelle (Verkauf an Investoren oder an andere Unternehmen).

Mittelstand vor dem Abgrund: Wer übernimmt, wenn niemand übernimmt?

Nur so kann die überwältigende Anzahl zukünftiger Unternehmensübergaben bedient und der Fortbestand der Unternehmen gesichert werden. Diese verschiedenen Nachfolgemodelle müssen in der von uns geforderten Nachfolgestrategie berücksichtigt werden. Übergebende und Nachfolgende müssen beim emotionalen Thema Unternehmensnachfolge unabhängig vom Nachfolgemodell adäquat begleitet, beraten und informiert werden.

Rechtliche Rahmenbedingungen anpassen und eine neue Rechtsform schaffen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmensnachfolgen können komplex sein und den Prozess unnötig erschweren. Diese Bürokratie bremst Nachfolgen, Gründungen und Unternehmertum im Allgemeinen. Klare rechtliche Rahmenbedingungen und unabhängige rechtliche Beratung können dazu beitragen, Konflikte, Kosten und Unsicherheiten während des Nachfolgeprozesses zu vermeiden und einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten.

Die Überprüfung und Vereinfachung der Verwaltungsverfahren im Zusammenhang mit dem gesamten Prozess der Unternehmensnachfolge kann die Belastung für die beteiligten Parteien verringern. Dies kann beispielsweise die Vereinfachung von Antragsverfahren, Genehmigungsverfahren und Berichtspflichten umfassen. Darüber hinaus sollten die Pflichten zur notariellen Beurkundung deutlich reduziert werden und nach Möglichkeit die Schriftformerfordernis durch die Textform ersetzt werden. Darüber hinaus sollte das politische Ziel sein, die Möglichkeiten zur rechtssicheren Nachfolgegestaltung zu erweitern. Die Schaffung der neuen Rechtsform einer Gesellschaft mit gebundenem Vermögen (GmgV) würde als Ergänzung zu den bestehenden Rechtsformen das Spektrum an möglichen Nachfolge-

modellen erweitern. Gerade für KMU kommen bürokratische und aufwendige Stiftungsmodelle häufig nicht in Frage. Diese Lücke könnte durch die neue GmgV geschlossen werden.

Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit intensivieren

Eine gezielte Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit können dazu beitragen, das Bewusstsein für die Bedeutung einer frühzeitigen und gut geplanten Unternehmensnachfolge zu schärfen. Informationsveranstaltungen, Materialien und Lehrangebote können Unternehmen und potenziellen Nachfolgerinnen und Nachfolgern helfen, sich über die verschiedenen Aspekte der Unternehmensnachfolge zu informieren und den Prozess besser zu verstehen.

Nachfolge-Perspektive in der Politik schaffen

Eine langfristige Perspektive in der Politik ist entscheidend, um die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands nachhaltig zu sichern. Durch die Integration der Förderung von Unternehmensnachfolgen in langfristige wirtschaftspolitische Strategien, können die Rahmenbedingungen verbessert und Investitionen in die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen gefördert werden. Anreize für eine frühzeitige Nachfolgeplanung können den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand erhöhen, wenn dadurch produktive Unternehmen nicht schließen und somit keine Arbeitsplätze verloren gehen.

In Summe ist somit neben der Umsetzung der genannten Maßnahmen auch die kontinuierliche Evaluation der politischen Strategie unter Berücksichtigung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse von höchster Relevanz. Sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene muss Unternehmensnachfolge langfristig und strategisch gedacht werden.



07

BUNDESWEHR SOWIE BEHÖRDEN UND ORGANISATIONEN MIT SICHERHEITSAUFGABEN (BOS)

Foto: © AdobeStock 268605326

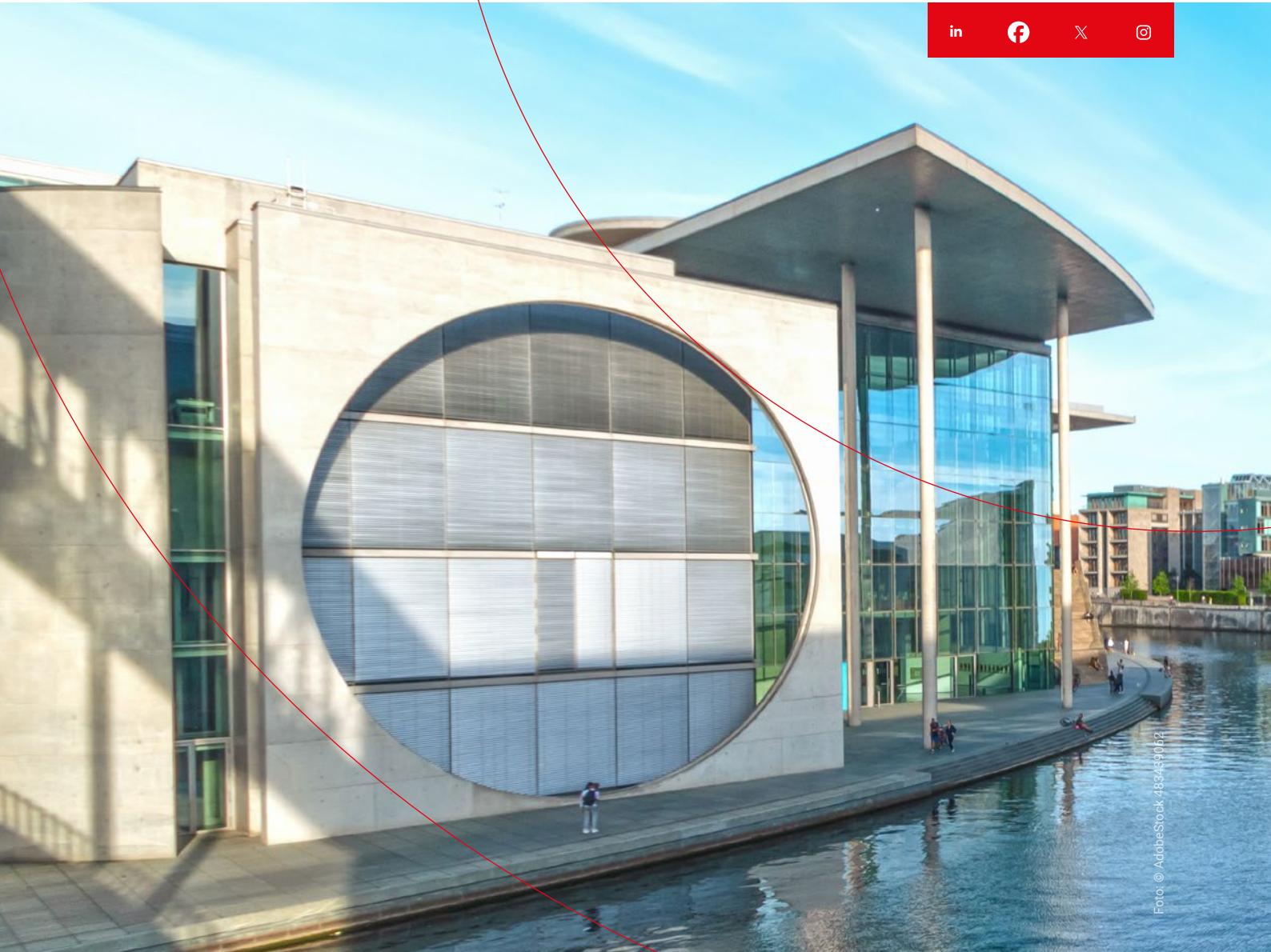
Die Wahrung und der Erhalt der inneren Sicherheit hat, wie die äußere Sicherheit, erheblichen Einfluss auf den Wohlstand und die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands. Stabile politische Rahmenbedingungen, eine resiliente Infrastruktur oder der Schutz der Bevölkerung sind entscheidend für Investitionen und Wachstum mittelständischer Unternehmen. Kriminalität oder (Cyber-) Angriffe auf Unternehmen wirken sich direkt auf die Produktionsleistung eines Unternehmens aus. Die Zusammenarbeit zwischen mittelständischen Unternehmen und Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), wie Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienste oder Katastrophenschutz, ist ein zentraler Baustein und kann einen erheblichen Beitrag zur gesamten gesellschaftlichen Sicherheit leisten.

Stabilität in Krisenzeiten

Wenn mittelständische Unternehmen ihre Bedarfe der Sicherheit und BOS ihre Bedarfe der Unterstützung aufzeigen, können Kooperationen gezielt auf- und ausgebaut werden. Dies kann vor etwaigen Produktionsverlusten der Unternehmen schützen und so die Versorgung der Bevölkerung im Rahmen der KRITIS sicherstellen. Versorgungsengpässen oder sogar Katastrophen kann präventiv entgegengewirkt werden. Durch die Nutzung der spezifischen Stärken jeder dieser Akteure entsteht ein Synergieeffekt, der die Resilienz, Effizienz und Reaktionsfähigkeit auf verschiedene Bedrohungen und Krisenlagen erheblich verbessert. Durch eine Kooperation staatlicher Stellen mit dem Mittelstand können sich Kooperationen zum Beispiel im Bereich der Cyber-Sicherheit, der Logistik und Materialbeschaffung, der Katastrophenhilfe und des Zivilschutzes auf regionaler Ebene, ergeben.

Zeitenwende im Wehrtechnischen Mittelstand

Kleine und mittelständische Unternehmen im Verteidigungssektor sind ein Garant für nationale Sicherheit und technologische Souveränität. Die Einbindung des wehrtechnischen Mittelstandes in Deutschland muss aufgrund der logistischen und geostrategischen Vorteile deutlich verstärkt werden. Kurze Lieferketten und standortnahe Produktionslinien können so die wirtschaftliche Stabilität und Resilienz langfristig erhöhen. Durch einen verbesserten Zugang zu öffentlichen Aufträgen, die politisch gestützte Förderung von Forschung und Entwicklung oder Schulungen der Angestellten auf nationale Waffensysteme, kann das Konzept der „Heimatbasis“ langfristigen Erfolg erzielen.



Kontakt

Der Mittelstand. BVMW e.V.
Bereich Volkswirtschaft

Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin
Telefon: +49 30 533206-0
Telefax: +49 30 533206-50
E-Mail: volkswirtschaft@bvmw.de

Der Mittelstand. BVMW e.V. ist ein freiwillig organisierter Unternehmerverband und vertritt rund 30.000 Mitglieder. Die mehr als 300 Repräsentanten des Verbandes organisieren mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.

© BVMW 2024. Alle Rechte vorbehalten.
Transparenzregisternummer: 082217218282-59
Der Mittelstand. BVMW e.V. ist unter der Registernummer R001657 eingetragen im Lobbyregister für die Interessensvertretung gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung.